

TOP 3.6.6 Exploiting the employment potential of personal and household services

Abteilung Frauen—Familie (Gerlinde Hauer)

Veranstalter: Europäische Kommission

TeilnehmerInnen: ca. 200 Personen (VertreterInnen der Kommission, staatlicher Einrichtungen, Forschungseinrichtungen, Dienstleistungsunternehmen und Sozialreinrichtungen, NGOs, kaum GewerkschaftsvertreterInnen...)
Brüssel 30.-31.1.2013

1. Inhalt

Ziel der Konferenz war die Präsentation der eingeholten Stellungnahmen zur Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen „über die Nutzung des Potenzials von personenbezogenen Dienstleistungen und Dienstleistungen im Haushalt“ (2012)¹ und die Weiterführung der Diskussion. Thematische Schwerpunkte der Konferenz waren das Angebots- und Nachfragepotenzial dieser Dienstleistungen, die Rolle des Staates, der Einsatz neuer Technologien, sowie Arbeitsbedingungen und Qualitätsstandards.

Die verschiedenen Beiträge auf der Konferenz bezogen sich auf jeweils sehr unterschiedliche Definitionen von haushaltsnahen und personenbezogenen Dienstleistungen, ein einheitliches Verständnis fehlt. Das Arbeitspapier der Kommission bezieht sich auf eine sehr breite Definition, dh auf alle im häuslichen Umfeld erbrachten Dienstleistungen von Reinigungsarbeiten bis zu Pflege- und Betreuungsleistungen, während in manchen Beiträgen oder auch in der auf der Konferenz publizierten Publikation im Auftrag der GD Beschäftigung, Soziales und Integration² der gesamte „Care“-Bereich explizit ausgenommen wird. Dieses unterschiedliche Verständnis ist auch Ausdruck der jeweils unterschiedlichen nationalen Rahmenbedingungen (vor allem auch gut oder schlecht ausgebaute soziale Infrastruktur und – davon abhängig – Verbreitung von Schwarzarbeit), was aber auf der Konferenz nur am Rande thematisiert wurde. Beispielsweise forderte in diesem Zusammenhang auch zu Recht F. Spinnewijn von „Social Services Europe“ (Europäischen Allianz gemeinnütziger Sozial- und Gesundheitsdienstleistungserbringer) in seinem Input, soziale Dienstleistungen im häuslichen Umfeld und externe soziale Dienstleistungen nicht getrennt zu betrachten.

2. Ergebnisse und Positionen

- **Ergebnisse (Sachebene):**

- **Zwei unterschiedliche Beschäftigungsmodelle können in Europa unterschieden werden:**

- „direct employment model“: Haushalt ist Beschäftiger, südeuropäische Länder, Deutschland (Mini-Jobs) und Österreich (Dienstleistungsscheck), aber auch Frankreich sind stärker diesem Modell zuzuordnen (franz. Dienstleistungsscheck ist nicht nur für Haushaltsdienstleistungen nutzbar, sondern auch für Betreuungsleistungen), „employment

¹ Begleitunterlag zur Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Einen arbeitsplatzintensiven Aufschwung gestalten.

² Nicolas Farvaque (ORSEU), Developing personal and household services in the EU. A focus on housework activities, Report for the DG Employment, Social Affairs and Inclusion, 2013

in service provider organisation-model“ Haushalt ist nicht Beschäftigter, sondern das Dienstleistungsunternehmen; nordische Länder und Belgien.

Ausführlich wurden auf der Konferenz die guten Erfahrungen bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit bei Haushaltsdienstleistungen mit dem belgischen Dienstleistungsscheck (eingeführt 2004) dargelegt. Das belgische Modell unterscheidet sich deutlich vom österreichischen Dienstleistungsscheckmodell, ua ist der belgische Dienstleistungsscheck nur über registrierte Dienstleistungsunternehmen nutzbar; ein Stundenlohn für Beschäftigte ist festgelegt, der etwa dem Stundenlohn in einem belgischen Reinigungsunternehmen entspricht und Arbeitsplatzsicherheit ist gewährleistet (unbefristetes Dienstverhältnis mit Mindestwochenstundenanzahl nach drei Monaten); Kosten für NutzerInnen sind nicht höher als bisherige Schwarzmarktpreise³ und die Nutzungsmöglichkeit ist eingeschränkt auf Haushaltsdienstleistungen, dh nicht für Betreuungsdienstleistungen nutzbar.

→ **Öffentliche Ausgaben – Berechnungen zur Kosteneffizienz unter Einbeziehung der Rückflüsse (durch mehr staatliche Einnahmen über Sozialversicherungsabgaben etc und weniger Ausgaben für Sozialleistungen und Folgekosten durch Arbeitslosigkeit)**

Länder wie Belgien und Frankreich fördern diesen Bereich mit beträchtlichen öffentlichen Mitteln. Unter Hinweis auf Kosten-Nutzen-Rechnungen wird darauf verwiesen, dass sich diese Investitionen rechnen. So wurden beispielsweise in Belgien 1655 Millionen Euro 2011 (kein Schreibfehler, rund 1,6 Milliarden Euro!) an öffentlichen Mitteln für den Dienstleistungsscheck aufgewendet, wobei laut der Kosten-Nutzen-Rechnung, dh abzüglich der kalkulierten und geschätzten Rückflüsse, dem Staat ca 30 % an Nettokosten bleiben⁴. In anderen Ländern, wie in Schweden wird geschätzt, dass die Ausgaben der öffentlichen Hand aufgrund der Rückflüsse, ua auch durch die Schaffung neuer Beschäftigungsverhältnisse, völlig kompensiert werden oder sogar der Staat dadurch Mehreinnahmen lukrieren kann (zB Ergebnisse der Kosten-Nutzen-Rechnungen in Frankreich).

→ **Nutzung neuer Technologien:**

Unausgeschöpftes Entwicklungspotenzial neuer Technologien wurde festgestellt (Grund: fehlendes know how bei NutzerInnen; außerdem gäbe es für Technologieentwicklungs-Unternehmen zu wenig Anreize Technologien in diesem Bereich zu entwickeln, da erfolgversprechende Business-Modelle für Unternehmen fehlen). Die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten um Produktivität, Qualität der Dienstleistungen und Qualität der Beschäftigung zu steigern, wurden am Beispiel der professionellen häuslichen Pflege aufgezeigt: Management (Verwaltung, Datenmanagement, Arbeitsorganisation), PflegerInnen (Joborganisation, Weiterbildung, Coaching) Pflegebedürftige (technische Hilfsmittel als Kompensation für nicht mehr mögliche Alltagstätigkeiten, gegen soziale Isolierung,...)

³ NutzerInnen zahlen 8,50 Euro pro Stunde brutto, netto 5,95 Euro aufgrund einer fixen 30%igen Absetzmöglichkeit bei der Einkommenssteuer; 13,54 zahlt die öffentliche Hand dazu, d.h. das registrierte Unternehmen erhält insgesamt 22,04 Euro (für Lohn inkl. Sozialversicherungsabgaben und andere Kosten);

⁴ Lt. Präsentation von Jan Vanthuyne vom „Federal Public Service Employment, Labour and Social Dialogue“

3. Resumee

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass es auf europäischer Ebene eine Diskussion darüber gibt, welche Instrumente dazu geeignet sind informelle Beschäftigung in Privathaushalten (+ Auslagerung von unbezahlter Arbeit) unter Einsatz öffentlicher Mittel in einen formalen Beschäftigungssektor umzuwandeln, wobei der Qualitätsaspekt sowohl was die Dienstleistung als auch die Beschäftigung betrifft zwar betont wird, aber in den diskutierten Maßnahmen deutlich unterbelichtet bleibt. In verschiedenen europäischen Ländern wurden bereits Maßnahmen umgesetzt. Die Art der Regulierung und Steuerung seitens der öffentlichen Hand des geförderten Ausbaus bzw Umbaus dieses Sektors ist sehr unterschiedlich gestaltet und hat deutliche Auswirkungen auf die Qualität (Dienstleistung + Beschäftigungsverhältnis). Die BAK sollte sich – wie bereits in der BAK-Stellungnahme zur Arbeitsunterlage erfolgt – auch weiter in diese Diskussion mit einer klaren Position in Richtung einer qualitätsvollen Förderung dieses Arbeitsmarktsegments einbringen. Den vor dem Hintergrund der Einsparungen bei den öffentlichen Budgets, ist nicht auszuschließen, dass zwar die Formalisierung dieses Sektors in verschiedenen Ländern vorangetrieben wird – zum Teil mit öffentlicher Förderung – aber unter Außerachtlassung von Qualitätsaspekten und stattdessen parallele, schlechtbezahlte, prekäre Arbeitsmarktsegmente gestärkt werden. Da im Verständnis vieler europäischer Länder – und auch in der Kommissionsunterlage – die Definition dieser Dienstleistungen im häuslichen Umfeld sehr breit gefasst ist und auch Kinderbetreuungs- und Pflegedienstleistungen umfasst, sind die Diskussionen um haushaltsnahen und personenbezogene Dienstleistungen auch in Zusammenhang mit unseren Forderungen nach einem qualitätsvollen Ausbau der sozialen Dienstleistungen von Bedeutung.